

**Kommunismus**

*im Kontext von*

**Vergangenheit**

und

**Zukunft**

## Eine Diktatur des Proletariats?

Spricht man in der Gegenwart über den Kommunismus, wird man immer wieder damit konfrontiert, dass der Kommunismus in der Geschichte sein wahres Gesicht gezeigt habe. Der Begriff des Kommunismus ist, auch mehr als 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges, vor allem mit der Sowjetunion und der damit verbundenen stalinistischen Herrschaft verbunden, und nicht vorrangig mit den Erkenntnissen, die u.a. Marx und Engels mit der Welt zu teilen versuchten.

Der Kommunismus ist, in seiner Idealvorstellung, eine Gesellschaft ohne Hierarchien und damit ohne Herrschaft oder wenigstens einer maximal dezentralisierten Selbstherrschaft ausgehend von basisdemokratisch konstituierten Räten. Der Kommunismus ist in seinen Zielen natürlich eine Demokratie. Im Kommunismus gilt es den größtmöglichen Grad an Partizipation zu erreichen und dies wird, im Gegensatz zu einer parlamentarischen Demokratie, nicht an Stellvertreter mit sporadischer Rückbindung abgegeben, sondern soll, im besten Fall, permanent vorhanden sein.

Mit dieser Form sollen Machtzentren, also die Spitzen von Hierarchien, vermieden wären, was mich zum entscheidenden Punkt bringt: Machtzentren müssen zuvor aufgelöst werden.

Wo die Demokratien, der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart, zwischen Markt und Staat unterscheiden und Macht vor dem Hintergrund der Demokratie betrachten, wo man wählt und abwählt, wird das Prinzip von Ausbeutung durch privilegierte Teile der Gesellschaft insofern ignoriert, dass die von Marx identifizierten Ausbeutungsdynamiken derjenigen, die Kapital besitzen und verwalten, gegenüber denjenigen, die lediglich ihre eigene Arbeitskraft besitzen und diese unter Wert verkaufen müssen, keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Im Gegenteil werden diese, im kapitalistischen Verständnis, als erfolgreich gepriesen und durch ihre Bürgerrechte geschützt, selbst wenn ihre (ökonomischen) Privilegien keineswegs auf irgendwelche selbst erbrachten Leistungen zurück gehen, sondern dort zu verorten sind, wo Kapital z.B. geerbt wurde und im schlimmsten Fall auf dem Rücken von Zwangsarbeitern akkumuliert wurde.

Nun gibt es sicherlich auch kapitalistische Erfolgsgeschichten, wo die Ausgangsposition nicht durch geerbtes Privileg ermöglicht wurde, sondern im Rahmen, z.B. der Digitalisierung, schlaue Köpfe frühzeitig Ideen und Entwicklungen verstanden und sich damit auf einem bis dato unterentwickelten Markt etablieren konnten. Lassen wir an dieser Stelle die Frage der Bildungspotentiale durchaus außen vor, sind dies die Geschichten, wo der Kapitalismus in alle Welt demonstriert, wer fleißig ist und gute Ideen hat, für den gäbe es keine Grenze des Erfolgs.

In der Tat ist der Kapitalismus, verglichen mit z.B. der Ständegesellschaft, vertikal durchlässiger und die ursprünglich kommunistische Kritik hinsichtlich der Notwendigkeit eines Klassenkampfes, mit der Arbeiterklasse im Zentrum dieses Kampfes, lässt sich inzwischen weniger deutlich wieder finden. Durch die Tertiärisierung<sup>1</sup>, insbesondere der westlichen Industrienationen, scheint sich auch das Aufbegehren der ausgebeuteten Arbeiterklasse minimiert zu haben.

Vor dem Hintergrund der nach dem 2. Weltkrieg florierenden Wachstumsraten westlich kapitalistischer Gesellschaften etablierte sich die zunehmend die Meinung, dass rein wirtschaftlich und sowieso in puncto von (individueller) Freiheit, der kalte Krieg haushoch vom Kapitalismus gewonnen wurde. Nun möchte ich keineswegs Partei dafür ergreifen, zu relativieren oder gar zu entschuldigen, wer im Namen des Kommunismus ermordet oder unterdrückt wurde.

---

<sup>1</sup> Der Wandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft.

Auf den folgenden Seiten möchte ich vielmehr zeigen, warum die Behauptung dieser Akteure, sie seien Kommunisten, falsch ist und die Rahmenbedingungen zu beschreiben, wie es trotz allem dazu kommen konnte, *vielleicht kommen musste*, um dann abschließend festzustellen, warum diese Faktoren, die zum Scheitern führten, in absehbarer Zukunft wegfallen könnten.

## Konkurrenz und Wettbewerb

Konkurrenz und Wettbewerb sind zwei zentrale Faktoren des kapitalistischen Systems. Die Annahme, wenn jeder nach seinem eigenen Vorteil strebt, akkumuliert sich dies, auf eine Gesellschaft betrachtet, zu einem stetigen Wohlstandsgewinn, der letztlich jedem Einzelnen helfe, muss hinsichtlich der ungerechten Verteilung von Vermögen bereits in Frage gestellt werden. Dabei wird volkswirtschaftlich davon ausgegangen, dass dies ohnehin nur unter der Prämisse eines stetigen Wirtschaftswachstums geschehen muss bzw. möglich ist.

Als sich im russischen Zarenreich die sozialen Bewegungen kommunistische Ideale auf die Fahnen schrieben und die Herrschaft im Rahmen der Oktoberrevolution überwunden wurde, war dies kein neutraler Ausgangspunkt Null, der einer kommunistischen Gestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft völlig freie Hand gelassen hätte. Wir reden von einem Zustand, der sowohl vom ersten Weltkrieg stark beeinflusst war, als auch der Tatsache, dass Russland ein unterentwickelter Agrarstaat war und keineswegs vergleichbar mit dem zunehmend industrialisierten Westeuropa.<sup>2</sup>

Ich werde mich im Kontext der Gedanken dieses Textes auch weitestgehend auf die Sowjetunion beschränken, da ich mich erstens mit dieser im Rahmen vergangener wissenschaftlicher Arbeiten auseinander gesetzt habe und zweitens der Umfang dieses Essays ansonsten gesprengt werden würde.

Als sich also 1917 Lenin und seine Genossen aufmachten den Kommunismus in Russland umzusetzen ging es von Anfang an auch um einen Wettbewerb der Systeme, der sich insbesondere nach dem 2. Weltkrieg im Rahmen des Kalten Krieges etablierte. Diese Systeme waren zudem ihrem zuvor bereits etablierten Korsett der Nationalstaaten unterlegen. Die Idee internationaler Solidarität unter den Ausgebeuteten, war also hier von Beginn an mit der Aufgabe besetzt, Grenzen überwinden zu müssen.

„*Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus*“ schrieben Marx und Engels Mitte des 19. Jahrhunderts und brachten damit auf den Punkt, dass der Kommunismus als Gefahr und Konkurrenz verstanden wurde, was angesichts der Idee, Hierarchien zu Gunsten der bis dato und schon immer Ausgebeuteten und Benachteiligten aufzulösen, die logische Reaktion war. Dies war aber auch die Rahmenbedingung, als sich die Sowjetunion (aus)bildete. Diejenigen, die in den 70 Jahren zuvor ihre Maschinerie der Ausbeutung immer mehr perfektionierten und auf dem Rücken der Arbeiter in ihren Stammländern und umso mehr in ihren Kolonien ihren Fortschritt nicht auf Fleiß und Wissen bildeten, sondern im Gegenteil auf unmenschliche Arbeitsdisziplin zum Wohle Weniger, sahen bzgl. der kommunistischen Bewegungen ihre Vormachtstellung gefährdet.

So wird in der Gegenwart nur allzu oft ausgeblendet, dass der Reichtum der Länder, die sich heute als kapitalistische Speerspitze verstehen und deren global unvergleichlicher Aufstieg seinen Ursprung in den Ausbeutungsmechanismen hatte, die der Kapitalismus nahtlos übernommen hatte und dies zu Beginn auch nicht im Ansatz von Arbeitsschutz oder Sozialversicherung zu verorten war.

---

<sup>2</sup> Vgl. Trotzki: Die verratene Revolution

So war die Industrialisierung (Europas), als Wiege des Kapitalismus, z.B. signifikant abhängig von den Baumwollplantagen Nordamerikas, die ihre Produktion in Menge und Preis natürlich nur vor dem Hintergrund der Sklaverei ermöglichen konnten. Diese nordamerikanische Baumwolle hingegen war elementar wichtig, für die Industrialisierung mit ihren Spinn- und Webmaschinen.<sup>3</sup>

Dies ist nicht nur wichtig um die Genese des Kapitalismus richtig einzuordnen, dass der Kapitalismus letztlich seine erste Fahrt auf der Überholspur erst ansetzen konnte, als passend zum technischen Fortschritt auch die Ressourcen, um diesen zu nutzen, verfügbar waren. Und diese Verfügbarkeit eben keine zufälligen Funde neben der eigenen Manufaktur waren, sondern aus Kolonien geraubt und auf versklavter Arbeit aufbereitet waren, um sie dann mundgerecht der eigenen Industrialisierung zuzuführen und erst auf dieser Grundlage die Fortschritte zu machen, die noch heute die Grundlage des Wohlstands bieten, den man, global gesehen, der Mehrheit voraus hat.

Dieses Thema ließe sich im Kontext antiimperialistischer Kritik des (Neo-)Kolonialismus, aber auch angesichts der Debatten um Critical Whiteness, vertiefen. Mir ist es wichtig, anhand dessen zu zeigen, wie die unterschiedlichen (ökonomischen) Ausgangspositionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts begründet sind. Letztlich nicht durch die Überlegenheit des einen Systems gegenüber dem Anderen, sondern sehr eindeutig dadurch, dass der Aufstieg des Kapitalismus nicht *allein* durch die direkte Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken funktionierte, sondern seine Geschwindigkeit Kapital zu erwirtschaften sogar nur durch die purste und unmenschlichste Ausbeutung der Sklaverei unmittelbar bedingt war.

Das war die Ausgangsposition, als die Oktoberrevolution in Russland, den Übergang zur Sowjetunion ebnete und diese sich, letztlich von Anfang an, in einem Zugzwang befand sich als ebenbürtig beweisen zu müssen. So war es dem kapitalistischen Westen, vor allem auch hinsichtlich, der in den eigenen Ländern aufgekommenen, sozialen und politischen Bewegungen kommunistischer Couleur, sehr wichtig zu zeigen, warum eine kommunistische Gesellschaft keine Alternative sein darf und dies wollte man mit Dingen, wie Wirtschaftskraft, Fortschritt und Wohlstand demonstrieren.

So wurde die Sowjetunion zu einem Gradmesser für international kommunistischen Bewegungen, woran die Einen ablesen wollten, wie eine bessere Zukunft aussehen könnte, während die anderen zeigen wollten, dass dies keine Alternative sein darf und der bislang beschrittene kapitalistische Weg, der zweifelsohne Richtige sei. Es lag also den einzelnen kapitalistischen Staaten daran, dass die Sowjetunion kein gutes Beispiel ist, womit die kommunistischen Bewegungen, in diesen kapitalistischen Staaten, dann im Sinne der eigenen Herrschaftssicherung, möglichst disqualifizierend konfrontiert werden konnten.

*Damit war quasi genuin ein Entwicklungsrahmen der Konkurrenz gegeben, wo idealistisch gesehen Solidarität vorherrschen sollte.* Diese Rahmenbedingung wurde dann aber, als durch die Realität gegeben, akzeptiert und schlägt sich in der stalinistischen Losung „Sozialismus in einem Land“ verheerend nieder. Im Gegensatz zu Trotzki, wählte Stalin ganz bewusst, einen der kommunistischen Ideologie entgegen gesetzten Weg des Nationalismus, statt des Internationalismus, wie er durch die Arbeiter der Welt ursprünglich angestrebt wurde.

---

<sup>3</sup> Vgl.: <http://www.zeit.de/2015/51/sklaverei-befreiung-usa-baumwolle-ernte/komplettansicht>, zugegriffen am 11.02.2018.

Die Sowjetunion setzte die unmenschlich hohe Arbeitsdisziplin aus Kriegs- und Revolutionszeiten fort, um sich mit dem Kapitalismus in die Konkurrenz begeben zu können. *Somit wurde die Ausbeutung der Arbeiter<sup>4</sup> nicht aufgelöst, sondern in den Dienst der Ideologie gestellt.* Wo im Kapitalismus die Bourgeoisie dem Arbeiter seinen Mehrwert zum eigenen Kapitalgewinn abnahm, war es umgekehrt die Revolutionsführung, die den Mehrwert der Arbeiter zur Etablierung, aber eben auch zur Glorifizierung der eigenen Idee (aus)nutzte. Es wurde als zunächst notwendiges Übel verstanden, was auf lange Sicht dann nicht mehr nötig sein sollte, aber wahrscheinlich ein Faktor abbildete, warum diese Umsetzung des Kommunismus von Anfang an zum Scheitern verurteilt war.

## Der starke Staat

Letztlich gibt es natürlich einen Unterschied zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung. Eine Verstaatlichung ist selbstverständlich erstmal eine Machtkonzentration, während Vergesellschaftung eine Machtdiffusion ist.

Vor dem Hintergrund sich mit dem Kapitalismus messen zu müssen und sicherlich auch zu wollen, wurde in der Sowjetunion eine Verstaatlichung vorangetrieben um hier zentralisiert das Wirtschaftswachstum steuern zu können. Dies wurde dann in die kommunistische Idee als faire Verteilung eingebettet, die mindestens vom Ergebnis betrachtet weder fair war<sup>5</sup>, noch eine Wohlstandsverbesserung im gesamtgesellschaftlichen Sinne sein konnte. Es kam zu einer Ideologie des befohlenen Verzichts im Namen der Idee und mit dem Versprechen, dass dies nur als Übergang zu ertragen sei.

Damit reproduzierte sich aber ein weiterer Faktor im vermeintlich angehenden Kommunismus, nämlich wieder Hierarchien. Die Zentralisierung des Staates schaffte eine sehr deutliche Hierarchie mit der Kommunistischen Partei (KP) an der Spitze, die ohne die genügende Rückkopplung mit der Gesellschaft<sup>6</sup> weder eine demokratische Legitimation hatte, noch ausreichende Kontrollmechanismen. Letztere sah man gar nicht als notwendig an, denn die Ideologie sei verinnerlicht, die Phase vor der endgültigen Etablierung des Kommunismus müsse dann lediglich mit Blick auf das Ziel überstanden werden.

In genau diesem Kontext setzte sich ausgehend von der Revolution mehr und mehr Josef Wissarionowitsch Stalin durch. Stalin verfolgte in den 20er Jahren aber vor allem die eigene Machtstellung und reproduzierte letztlich sogar explizit innerhalb der KP das Prinzip der Konkurrenz. Um seine eigene Macht zu stärken, versuchte er andere Genossen zu diskreditieren, was ihm hinsichtlich der herrschenden Stimmung, vor allem damit gelang, diejenigen, die seiner Machtergreifung im Weg standen, vorzuwerfen keine wahren Kommunisten zu sein und die Anklage als Konterrevolutionär wurde zu seinem zentralsten Instrument seine eigene Machtstellung zunächst zu etablieren und später zu bewahren.

---

<sup>4</sup> Aber z.B. auch der Bauern

<sup>5</sup> In der Verteilung gab es Eliten und Nicht-Eliten, womit wiederum eine Ungleichverteilung von Privilegien etabliert wurde.

<sup>6</sup> Die Gesellschaft brauchte sich nicht an der Ausrichtung der Ideen beteiligen, sondern sollte die Umsetzung möglich machen.

Nun konnten aber, die als Konkurrenz verstandenen Genossen Stalins, nicht allein damit reagieren, dass es *im Allgemeinen* keine Feinde der kommunistischen Revolution geben würde. Diese waren sowohl im Inland in Form der zuvor entmachteten Eliten vorhanden als auch im Ausland, wo man wie beschrieben ein reges Interesse daran hatte, die kommunistische Revolution auf ganzer Linie scheitern zu sehen. Stalin bediente, vielleicht erzeugte sogar eine Atmosphäre der Paranoia, die er insbesondere in die neu geschaffenen Machtstrukturen der Sowjetunion trug.

Sinnbildlich, dass sich dieses Verhalten nicht auf die Idee des Kommunismus zurückführen lässt, war die Konkurrenz zwischen Stalin und Trotzki. So stand Trotzki für den Internationalismus. Zu seinem Niedergang auch für einen Intellektualismus, der sich insbesondere im damaligen Zeitkontext, wenig verbreiteter Bildung und einer begrenzten Kommunikationstechnologie Aufklärung zumindest weit verbreiten zu können, als schwer vermittelbar erwies.

In Trotzki's Vorstellung war nicht nur die internationale Komponente im Zentrum der Idee, wie sich der Kommunismus als eine Ideologie der Befreiung von ausbeutenden Verhältnissen überhaupt umsetzen ließe, sondern hinzukam, dass er die Umsetzung nur im Sinne einer permanenten Revolution einschätzte. Wo Trotzki ein sich stetiges Hinterfragen für unabdingbar hielt, wollte Stalin alle Antworten schon längst gefunden haben.

Eine dieser Antworten war, dass die Revolution nur dann gewonnen werden könne, wenn ausgehend von einem starken Staat, diejenigen, die ohne jeden Zweifel der Revolution angehören, den Rest in die kommunistische Zukunft führen würden. Allen voran sah er sich selbst als den Akteur, der beurteilen könne und dürfe, wer nun wirklich der Revolution und damit der marxistisch-leninistischen Linie angehöre. Selbst wenn dies nicht von Beginn an ein Instrument der Machtetablierung gewesen sein sollte, war es spätestens in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, Stalins Fremddefinition über konkurrierende Genossen<sup>7</sup>, die die Solidarität unter den Genossen nicht nur gefährdete, sondern durch Konkurrenz und bedingungslose Gefolgschaft ersetzte, womit im Namen des Überlebens der Revolution ihr Grab geschaufelt wurde, denn außer einem Label, blieb von der kommunistischen Idee unter Stalin bis zu seinem Tod und für die Sowjetunion auch über seinen Tod hinaus, nichts übrig, was den Säulen des Kommunismus, sprich eine klassenlose und solidarische Gesellschaftskonstitution, gerecht werden konnte.

Dies lag um dies nochmal sehr deutlich zu benennen, nicht alleine an einem Menschen, dessen ideologische Überzeugung weit hinter seinem Machthunger zurück geblieben war, sondern vor allem dadurch, dass man im damaligen Zeitkontext, keine Alternative zur Zentralisierung von Macht sah und die Entwicklung einer kommunistischen Gesellschaft stets unter kapitalistischen Beschuss nicht in der Lage war, sich vom Prinzip der Konkurrenz zu lösen. Solidarität war Teil der Vorstellung, wie es mal werden sollte, aber konnte nicht auf dem Weg dahin verfolgt werden, da man sich ansonsten zu den bestehenden Konkurrenten im In- und Ausland nicht hätte positionieren können. Solidarisch mit einem wirklichen vom Kapitalismus oder sonstig erlangten Privilegierten zu sein, wäre nur dann eine Option gewesen, wenn diese schon zuvor Privilegierten bereit gewesen wären auf ihre Privilegien zu verzichten und damit sich selbst solidarisch gegenüber jedem anderen in der Gesellschaft verortet hätten. Diese Selbstaufgabe des eigenen Privilegs, wäre dann aber lediglich von überzeugten Kommunisten zu erwarten gewesen und nicht von den üblichen Gewinnern des (kapitalistischen) Systems.

---

<sup>7</sup> Sehr oft Revolutionäre der ersten Stunde an der Seite Lenins.

Eine klassenlose Gesellschaft hingegen, die nicht nur ökonomisch keine Hierarchie kennt, kann am Ende nur basisdemokratisch aufgestellt sein, denn ansonsten entsteht eine Hierarchie bereits durch Mehrheitszugehörigkeit. In einer Zeit, wo Kommunikation u.a. durch Briefe gekennzeichnet waren, die nicht nur mindestens tagelang unterwegs waren, sondern auch verhinderten, dass man zum Inhalt des Briefes die Körpersprache und die Mimik des Gegenübers einordnen konnte, war eine basisdemokratische Meinungsbildung unmöglich umzusetzen. So ist auch heutzutage, der von allen getragene Konsens, als basisdemokratische Voraussetzung, ein sehr schwer zu erreichendes Ziel.

Dennoch ist heute zumindest die Möglichkeit gegeben, vollständig und gleichzeitig zu diskutieren. Es ist nicht mehr die Kommunikationstechnologie, die einen Diskurs verhindert, der Basisdemokratie ermöglicht.

Es ist „nur“ noch der Kapitalismus, der die Teilnahme am Diskurs im Sinne von Fähigkeiten (Bildung etc.), aber auch vor allem Möglichkeiten (Bereitschaft zur Partizipation oder auch schlicht die Zeit sich einzubringen) prägt, so dass nicht jeder Mensch gleichwertig an einem Diskurs teilnehmen kann bzw. will.

## Die kommunistischen Chancen im Zeitgeist der Gegenwart

Ich sprach ebenda die Kommunikationstechnologie an. Dieser rasende Fortschritt der erst kürzlich vergangenen Jahrzehnte bildet die Basis für die aktuell globalisierte und sich weiter globalisierende Welt. Vor dem aktuellen Zeitgeist führt(e) dies vor allem zu einer Orientierungslosigkeit, da Entwicklungen derart an Geschwindigkeit zugenommen haben, dass sich die Welt gerade nicht über mehrere Generationen hinweg entwickelt, sondern zuletzt innerhalb einer halben Generation, der technische Fortschritt den öffentlichen Raum komplett umgestaltet hat und diese Umgestaltung eigentlich völlig anarchistisch vonstattengeht und nicht gesteuert. Dieser erlebte, bzw. dieser auch auf die Politik projizierte Kontrollverlust, ist Zentrum der (gefühlten) Orientierungslosigkeit, die all zu oft in der Gegenwart mit Versuchen, die Vergangenheit wiederherzustellen, beantwortet werden soll. Dabei spielt natürlich auch eine Rolle, dass Fremdenfeindlichkeit keine Reaktion auf die Orientierungslosigkeit ist, sondern, dass diese, zu welchem Grad auch immer, Teil der Gesellschaften ist und dies nicht nur am Rande. Die aufgekommenen oder stark gewordenen Bewegungen mit dem Ziel der Renationalisierungen von Nationalstaaten sind also sowohl eine Antwort auf die Orientierungslosigkeit, allerdings vor dem Hintergrund, dass man die Variante wählt, mit welcher man vertraut ist, nämlich die nationalistische Antwort, die insbesondere in den westlichen Wohlstandsstaaten vermeintlich verspricht, seine Privilegien und sein Wohlstand zu (be)schützen. Dabei wird sowohl ignoriert, dass diese Vorteile auf den Nachteilen anderer aufgebaut sind, als auch, dass sich Globalisierung nicht zurück drehen lässt, da es sich nicht um eine gesteuerte politische Agenda handelt, sondern eine sozio-ökonomische Entwicklung basierend auf technischem Fortschritt.

Mit dem Internet und der damit verbundenen rasanten Entwicklung, immer schnellere und jederzeit zugängliche Zutritte zu diesem global operierenden Phänomen zu haben, hat sich ein neuer Raum von Öffentlichkeit ergeben. Dies ist elementar wichtig, wenn man sich vor Augen führt, dass sich Demokratie, als Herrschaft des Volkes (im Sinne von „ruled by the people“) aus einer Öffentlichkeit (Public Sphere<sup>8</sup>) in dem Sinne speist, dass dort die Zivilgesellschaft zu verorten ist, die wiederum der Ausgangspunkt jeder demokratischer Meinungs- und Willensbildung sein sollte.<sup>9</sup>

Wie angesprochen, vor dem Hintergrund der kommunistischen Idee der Hierarchielosigkeit, die basisdemokratische Meinungs- und Willensbildung der einzig mögliche Weg in der Meinungsbildung nicht bereits direkt wieder Hierarchien aufzubauen. Das anzustrebende Ideal ist, dass ein vollständig inklusiver Diskurs zu einem von allen getragenen Konsens führt:

Die Attribute vollständig und inklusiv sind aus technischer Sicht inzwischen möglich<sup>10</sup>, wie es z.B. bereits von der Piratenpartei zu innerparteilichen Willensbildung vorangetrieben wurde. An diesem Beispiel sieht man aber leider auch, dass nach wie vor alte Strukturen, wie sie u.a. im deutschen Parlamentarismus<sup>11</sup> etabliert sind, den Versuch der Piratenpartei einer weitestgehend hierarchielosen, sprich basisdemokratischen Willensbildung, verhindern, dass neue Möglichkeiten neue Wege zulassen.<sup>12</sup>

Die Piratenpartei war hinsichtlich des Parteiengesetzes zu verschiedenen Entscheidungen gezwungen und musste so vorgegebene Hierarchien umsetzen, die der eigenen Vorstellung sich zu konstituieren diametral entgegenstanden. Dennoch ist es heutzutage so einfach wie nie zuvor einen Diskurs zu führen, an dem sich fast jeder beteiligen kann.

Die Frage ist aber dann, wie dieser Diskurs aussehen kann? Eine der Basisdemokratie gerecht werdende Prämisse für einen Diskurs ist Habermas' Lösung des „zwanglosen Zwang des besseren Argumentes“<sup>13</sup>. Nur auf diese Weise würden sich Konsense erzielen lassen, die auch wirklich von allen getragen werden, da eben alle sich, bis zu einem Ergebnis, gegenseitig überzeugen konnten. Ohne Frage ist dieser Weg ein mühseliger und sicher nicht der effizienteste bzgl. schneller Entscheidungsfindungen. An dieser Stelle muss man sich erneut vor Augen führen, dass die Notwendigkeit zu schnellen Entscheidungen oft mit dem Interesse einzelner Akteure, sprich nationaler Politik oder wirtschaftlicher Unternehmen zusammen hängt. Es geht also eigentlich wieder darum, wie eine schnelle Entscheidung sein Interesse gegenüber einem Akteur am besten durchsetzt um diesem gegenüber zum größtmöglichen Vorteil zu gelangen. Beim Unternehmen ist dies vorrangig schlichtweg Profitmaximierung, bei einem Nationalstaat ist dies sowohl volkswirtschaftlich ausgerichtet, als auch geostrategisch zum Machterhalt oder Machtgewinn konzipiert.

---

<sup>8</sup> Vgl. Marion Young, Iris: Inclusion and Democracy. New York 2000. S. 168.

<sup>9</sup> Vgl. Franke, Marcus: Russlands Zivilgesellschaft. Von Stalin zu Putin. Berlin 2014. S. 37 ff.

<sup>10</sup> Letztlich sogar global gesehen, wobei hier dann die Sprachbarriere als Hemmnis hinzukommt und sich die Diffusion von Bildung global gesehen, noch stärker auswirken sollte.

<sup>11</sup> Natürlich auch jedem anderen.

<sup>12</sup> [http://www.deutschlandfunk.de/parteienforscher-piraten-haben-grossteil-ihres-politischen.694.de.html?dram:article\\_id=253813](http://www.deutschlandfunk.de/parteienforscher-piraten-haben-grossteil-ihres-politischen.694.de.html?dram:article_id=253813), zugegriffen am 08.03.2018.

<sup>13</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Sinsheim 1994. S. 370.



Daher ist die Vorstellung eines basisdemokratischen Diskurses als Basis zur globalen Meinungs- und Willensbildung erst realistisch, wenn bereits die etablierten Konkurrenzdynamiken überwunden wurden. Dies schlägt sich auch nieder, schaut man sich wodurch die Qualität eines Diskurses aktuell begrenzt ist:

*Erstens* der Bildungshintergrund, der mir und allen anderen ermöglicht meine Bedürfnisse zu erkennen und dann auch genau zu benennen und letztlich Argumente in dieser Hinsicht in die Diskussion einzubringen, warum diese Bedürfnisse nun z.B. eine Allgemeingültigkeit haben könnten<sup>14</sup> oder entgegen gesetzt auch nicht und deswegen kein Konsens sein können bzw. dürfen.

*Zweitens* die Zeit bzw. die Möglichkeit mich überhaupt in eine Meinungs- und Willensbildung einbringen zu können und zu wollen. Wer derart hart ausgebeutet arbeiten muss, dass kein Raum blieb und bleibt, nicht nur sich Bildung anzueignen, sondern schlichtweg Interesse daran auszubilden, die Umstände zu verbessern zu wollen, da man durch die Existenzsicherung nicht mehr in der Lage ist, sich über diese hinaus irgendwelche Gedanken zu machen.

*Drittens* können letztlich die ersten beiden Punkte vielleicht ausgebildet sein, aber die eigene (politische) Identität steht im Wege, sich überhaupt auf andere Argumente einlassen zu können und somit die Bereitschaft zu besitzen sich auch überzeugen zu lassen. Insbesondere dieser Punkt scheint auch in den aktuellen Wohlstandsgesellschaften mit vermeintlich etablierten Demokratien nicht gegeben zu sein und statt eines Diskurses miteinander, wird ein Konflikt gegeneinander präferiert.<sup>15</sup>

Zusammen gefasst bestehen ohne Frage weiterhin Defizite in jeder Gesellschaft, dennoch war in der Vergangenheit der technische Rahmen genuin der Grund, dass ein globaler Diskurs, ab von den Fähigkeiten der Teilnehmenden, gar nicht erst möglich war und dadurch auf einen regionalen Rahmen beschränkt bleiben musste und nationalstaatlich gesehen, logischer Weise nur eine Variante über gewählte Stellvertreter funktionierte, die maximal in zentralen Fragen um eine Komponente direkter Demokratie ergänzt werden konnte.

Die Problematik, dass die Teilnehmenden öffentlicher Diskurse nicht in der Lage sind auf Augenhöhe und mit einer Konsensbereitschaft zu gestalten, ist letztlich keine Hemmnis einzig für die Chancen eines kommunistischen Gesellschaftsentwurfs, sondern jeder demokratischen Gesellschaft, wie sie bereits heute existieren und in diesem Sinne defizitär funktionieren.<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Als Beispiel könnte man hier z.B. nachhaltigen Umweltschutz nennen, der im Sinne aller Menschen wirkt, da der Planet erhalten bleibt und auch die Gesundheit der Menschen bewahrt bleibt.

<sup>15</sup> Vgl. Franke, Marcus: On the Edge of Collapsing. S. 11 ff.

[http://broeckelhaus.blogspot.de/images/Essay\\_OntheEdgeofCollapsing.pdf](http://broeckelhaus.blogspot.de/images/Essay_OntheEdgeofCollapsing.pdf), zugegriffen am 04.03.2018.

<sup>16</sup> Ebenda.

## Die Zukunft kommunistischer Möglichkeiten

Die Vorstellung Roboter könnten die eigene Arbeitskraft ersetzen, ist ein Schrecken der 90er Jahre, wo im Rahmen der Automatisierung von Produktionsprozessen, Menschen um ihren Platz in der Produktionskette fürchteten und diese Furcht keineswegs verschwunden ist, nur weil eine Vollautomatisierung noch nicht eingetreten ist. Dies geht nicht zuletzt darauf zurück, dass die eigene Produktivität und deren Verkauf die (Art der) Existenzsicherung bestimmt. Was bleibt, wenn der Verkauf der eigenen Arbeitskraft keine Nachfrage mehr hat?

Im Kapitalismus gibt es darauf, außer evtl. sich anderen ergebenden Nachfragen zu widmen, keine Antwort, denn der eigene Nutzenwert, spiegelt die Position in der Gesellschaft wider. Umschulen in andere Bereiche oder letztendlich der kapitalistischen Wahrheit ins Gesicht schauen, zu den Verlierern zu gehören, nicht weil man sich nicht genügend angestrengt hat, sondern der Nutzenwert, durch von einem selbst nicht zu beeinflussenden Faktoren, sich bis zum Nichtsnutzen minimiert hat und man dann nur hoffen kann, dass die marktradikale Konsequenz durch einen sozialpolitischen Staatseingriff aufgefangen wird, sonst ist das Überleben faktisch ungesichert.

Vor diesem Hintergrund lässt sich ein sehr typisches Gegenargument zum Kommunismus, „*wer denn die Drecksarbeit erledigen sollte, wenn alle machen können was sie wollen*“, in einem anderen Licht betrachten, denn dieses Argument ist letztlich nicht irrelevant. Es ist aber eine Chance des technischen Fortschritts diejenige Arbeit, die z.B. durch Entsorgung, Instandhaltung oder Produktion geprägt ist, durch technische Errungenschaften zu erledigen, damit sich die menschliche Existenz grundlegend der subjektiven Interessensausbildung widmen kann.

Dies fängt an, dass durch das in naher Zukunft möglich erscheinende *autonome Fahren*, z.B. keine Busfahrer mehr nötig sein werden. Wenn Müll direkt zu Hause vaporisiert werden könnte, würde z.B. die Müllentsorgung als notwendige Arbeit entfallen. Mit der Etablierung von 3D Druckern wird die Herstellung von Alltagsgegenständen von Firmen auf das eigene Zuhause verlagert werden oder zumindest Do-It-Yourself Shops. Gerade dieses Beispiel zeigt in welche Richtung sich dann die Rolle der Arbeit bzw. Herstellung verlagern können, nämlich einmal in die nutzenorientierte maschinelle Variante und als Pendant das künstlerische Handwerk, wo Menschen nicht einer gesellschaftlichen Notwendigkeit nachgehen, sondern einem eigenen Interesse und damit der Mehrwert von Arbeit keinem Kapitalinteresse mehr unterliegt.

Geld mit seiner Arbeitskraft zu erwirtschaften ist im Kapitalismus selbstverständlich und für die meisten Menschen der Erde letztlich überlebensnotwendig. Die Notwendigkeit wirtschaftlich zu handeln (im doppelten Sinne), ergab sich aber ursprünglich daraus, dass nur auf diese Weise Bedarfe sichergestellt werden konnten. So wurde etwas getauscht, weil ich zu diesem keinen Zugang hatte. Nun kam schon in diesem weit vorindustriellen Zeitalter die Nachfrage ins Spiel. Ein seltenes Gut war als Tauschware insofern ungeeignet, dass sich bei Tausch 1:1 hinsichtlich der Menge, ein Nachteil ergab. Also schrieb man einem seltenen Gut einen höheren Wert zu und es ergab sich auf Grundlage dieses Gutes ein Vorteil. Der Nutzen eines Gutes ist allerdings einzig aufs quantitative Vorkommen bezogen, nur ein fiktiv zugeschriebener Wert, wenn ein tatsächlicher Nutzen gering oder gar nicht vorhanden ist. Als Beispiel lässt sich Gold zwar als hocheffizienter Stromleiter verwenden, allerdings war dies kein ausschlaggebender Punkt, warum es sich als wertvolles Zahlungsmittel etablierte.

Dem Tauschhandel wurde die Komponente Geld zu Grunde gelegt, um kompliziertere Tauschgeschäfte überhaupt erst möglich zu machen, aber darüber hinaus, auch ohne etablierten Kapitalismus, Profite einfahren zu können, denn natürlich waren z.B. feudale Ständegesellschaften des Mittelalters auf den eigenen Vorteil und Macht ausgerichtet.

Geld ist also seit jeher mit einem Profitgedanken verknüpft, weshalb hier eine kommunistische Zukunftsvision, die eine solidarische Gemeinschaft sein will, den Gedanken des Profits als Motor von Konkurrenz überwinden muss. Damit Profit kein erstrebenswertes Ziel sein kann, wäre die Abschaffung von Geld ein geeignetes Mittel, dem Kapitalismus den Kern seiner Ausbeutungslogik zu entziehen. So ist Geld, ein im Kapitalismus notwendiges Gut um Kapitalkonzentration der besonders Privilegierten ermöglichen zu können. Die Häufung jeden anderen Gutes als Geld (oder andere Substitutionsgüter), wäre vereinfacht gesagt<sup>17</sup>, ab einer bestimmten Größe schlichtweg nachteilhaft, statt vorteilhaft (z.B. Lagerungskosten).

Legen wir, wie zu Beginn dieses Arguments, die These zu Grunde, dass Tauschhandel vor allem daraus entstand Bedürfnisse befriedigen zu können und das Geld als Substitut dann ins Spiel kam, als Handel insofern komplexer wurde, dass mit der Anzahl der zu tauschenden Güter auch die Bedürfnisse komplexer wurden (*eine Dynamik, die im Kapitalismus bis zu einem Warenfetischismus übertrieben wurde und damit einen Wirkungsgrad erreichte, welcher grundlegend mitbestimmt, kapitalistische Herrschaftsverhältnisse nicht zu hinterfragen*)<sup>18</sup>, dann muss die Frage gestattet sein, ob es auch eine globale Bedürfnisbefriedigung ohne Geld geben kann bzw. sollte.

So ist der Sozialstaat von kapitalistischen Demokratien bereits das Eingeständnis, dass der Markt im Zweifel nicht bei jedem oder zu jeder Zeit in der Lage ist Grundbedürfnisse existenznotwendig zu verteilen. Dieser sozialpolitische Staatseingriff ist im Kapitalismus aber eigentlich überall damit verbunden, dass man sich in eine verpflichtende bzw. verschuldende Position gegenüber der staatlichen Bürokratie begibt, die bei ausbleibender Motivation zur Teilnahme am kapitalistischen Spiel des Verkaufs seiner Arbeitskraft zurück zu kehren, bestraft wird. Damit ist nicht gemeint, wenn man quasi aufgrund fehlender Verwertungsmöglichkeiten nicht mehr vermittelbar ist, sondern, dass man nicht Willens ist sich in Lohnarbeitsverhältnisse zu begeben. In letzterem Fall würde man im schlimmsten Fall und je nach Art des Sozialstaats, seine Existenz gefährden.

Ein tendenzieller Gegenentwurf ist das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (BG), welches bereits heutzutage, zumindest in der Theorie, die Verteilung eines Existenzminimums nicht an eine Marktteilnahme knüpft. Das BG würde allerdings erst dann seine quasi kommunistische Wirkung entfalten, wenn es global eingeführt werden würde und damit korrigierend auf die Missverhältnisse zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern sowie den Industriestaaten einwirken könnte. Nehmen wir 1000€ Grundeinkommen<sup>19</sup>, die auch ein/e Arbeiter\*in in Bangladesch bekommen würde, dann würde sie/er sich nicht mehr in eine sklavenartige Ausbeutung begeben müssen und dadurch würde das kapitalistische Privileg der Wohlstandsstaaten billig produzieren zu können, ohne signifikant Kapital investieren zu müssen, Schritt für Schritt aufgelöst werden können. Natürlich hapert dieses

---

<sup>17</sup> Die Methode der Vereinfachung entleihe ich mir der VWL (z.B. 2 Güter – 2 Länder), die die Marktwirtschaft vor diesem Hintergrund analysiert und interpretiert.

<sup>18</sup> Unter der Prämisse einer solidarischen Gesellschaftskonstitution; also zu schauen, ob anderen etwas fehlt, braucht man keinen Ferrari mehr um irgendwem zu zeigen, was man hat (und andere nicht). Wer darüber hinaus ein Interesse hat schnelle Autos zu fahren, der muss es deswegen nicht zwangsläufig besitzen, sondern es könnte z.B. auf einer geeigneten Rennstrecke, für jeden zugänglich, die Möglichkeit geben schnelle Autos zu fahren.

<sup>19</sup> Die Höhe des Grundeinkommens sollte an die Inflationsrate der jeweiligen Volkswirtschaft gekoppelt sein, so dass hier Preismechanismen (das BG verfällt, da die Preise äquivalent zum BG steigen), den Sinn des BG nicht egalisieren.

Gedankenspiel an unzähligen Hürden, die im globalen Kapitalismus gegeben sind (neben Zöllen, Währungs- und Subventionspolitik wäre dies vor allem ein Akteur, der das BG verteilt<sup>20</sup>), allerdings wird über dieses Beispiel deutlich, dass eine global ausgerichtete Wirtschaftspolitik ohne die Prämisse der Konkurrenz, aber dem Ziel einer globalen sozialen Gerechtigkeit, Wege finden könnte die globale Ungleichverteilung von Vermögen entgegen zu wirken.

Solange Geld im Zentrum von Wirtschaft existiert, wäre eine diesem Gedankenspiel folgende gerechtere Verteilung um die Sicherung von Grundbedürfnissen zu garantieren, eine vorstellbare Zwischenstufe auf dem Weg zu einem kommunistischen Ideal, welche allerdings ohne die Bereitschaft die Privilegien aufzugeben, die im und vor dem Kapitalismus auf Grundlage von unmenschlicher Gerechtigkeit (S. 3 f) erreicht wurden, unvorstellbar bleibt. Denn natürlich ist westlicher Wohlstand solange ein Privileg, wie dieses anderen vorenthalten bleibt.

Entfällt Geld bzgl. wirtschaftlichen Handelns, wird Wirtschaft, äquivalent zu einem bedürfnisorientierten Tauschhandel, ein System der Verteilung von (Grund-)Bedürfnissen. Dies hat, wie bereits bzgl. der Konstituierung der UDSSR nach der Oktoberrevolution ausgeführt, zu einer Machtkonzentration im Sinne eines zentralisiert agierenden Akteurs, bei den bislang versuchten kommunistischen Entwürfen, geführt. Auch hier deutet aber der technische Fortschritt an, dass eine Verteilungssystematik nicht von menschlichen Akteuren ausgehen muss, sondern durch Logarithmen eines Computerprogramms vorstellbar wäre, die eine objektive Verteilung garantiert, ohne, dass eine (gewählte) Elite darüber verwaltet. Die Ausgestaltung der sozialen Welt über Grundbedürfnisse hinaus, wäre dann wiederum die Aufgabe, der sich basisdemokratisch konstituierenden Räte, die unter den Prämissen der Inklusivität und der Bereitschaft sich von besseren Argumenten überzeugen zu lassen, schließlich regional, wie überregional Konsense erzielen würden, die dann die Lebenswelt im Einverständnis aller Beteiligten definieren würden.

Dennoch wird natürlich, nicht von heute auf morgen, der technische Fortschritt menschliche Produktion ersetzen oder Geld mit einem Mal seine Bedeutung verlieren, weshalb die Frage bleibt, wie man der Ausbeutungsdynamik kapitalistischer Verhältnisse auch vor einem Punkt, wo, bei einem bestehend bleibenden Kapitalismus, eine signifikant steigende Arbeitslosigkeit und dazugehörige Wohlstandsverluste begegnen kann?

Letztlich wäre eine Demokratisierung von Wirtschafts- bzw. Produktionsverhältnissen ein erster Schritt in die richtige Richtung. Damit ist die bereits angesprochene Vergesellschaftung gemeint, wo die Beteiligung an Produktionsmitteln, die Kapitalkonzentration in den Händen Weniger entgegen wirkt und damit auch bei weiter geltenden volkswirtschaftlich bestimmten Märkten eine internationale Arbeiterschaft z.B. im Rahmen multinationaler Großunternehmen sich über nationalstaatliche Grenzen hinaus konstituiert kann und im besten Falle solidarisiert.

Dahingegen wird ein krampfhaftes Festhalten am Kapitalismus oder der Glaube an dessen Alternativlosigkeit nicht nur bestehende Ungerechtigkeit bewahren und verstärken, sondern bzgl. der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, droht ein Kollaps des System, wie er sich zuletzt an der Finanzkrise 2008 genauso festmachen lassen kann<sup>21</sup> oder wie er an Faktoren, wie der angesprochenen Automatisierung der Produktionsverhältnisse ablesbar ist oder durch eine aggressive Handelspolitik vor nationalem Interesse, wie es sich aktuell durch die USA andeutet, wo Strafzölle zu nicht

---

<sup>20</sup> Wiederum wird an diesem Beispiel deutlich, dass die Einteilung der Welt in volkswirtschaftliche Nationalstaaten ein genuines Hemmnis globaler sozialer Gerechtigkeit ist.

<sup>21</sup> <http://broeckelhaus.blogspot.de/2011/09/22/die-natuerlichen-grenzen-des-kapitalismus-der-versuch-einer-bestandsaufnahme/>, zugegriffen am 08.03.2018.

prognostizierbaren Konsequenzen führen könnten.<sup>22</sup> <sup>23</sup> Doch sollte hier die fortschreitende Globalisierung nicht vernachlässigt werden und zwar explizit hinsichtlich der Komponente sozialer und globaler Gerechtigkeit, denn in der globalisierten Welt, die darüber hinaus auch transparenter geworden ist, kann eine derartige Ungleichverteilung von Vermögen, zu Lasten der Mehrheit tendenziell im Bereich einer notwendigen Überlebensstrategie zu verweilen, nur zu weiter zunehmenden (sozialen) Konflikten führen, welche neutral eingeordnet erstmal zu Wanderungsbewegungen geführt haben und weiter führen werden, ob man dies will oder nicht.<sup>24</sup> Und darüber hinaus genauso sicher zu Verteilungskämpfen, denn niemand kann oder wird akzeptieren, nur weil sie/er am falschen Ort der Welt geboren ist, sich mit diesem Schicksal abzufinden.

---

<sup>22</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/donald-trump-profitiert-selbst-am-meisten-von-strafzoellen-a-1197216.html>, zugegriffen am 09.03.2018.

<sup>23</sup> Dieser Staatseingriff ist zwar im neoliberalen Verständnis „antikapitalistisch“, dennoch ist dies natürlich auch eine Rahmenbedingung des Kapitalismus, dass es eben doch gefährliche Staatseingriffe geben kann (umgekehrt war der fehlende Staatseingriff zur Rettung der Lehman Brothers ein elementarer Verstärker der Krise 2008), die den Markt dann bis zur Krise ins Wanken bringen können.

<sup>24</sup> Gilt sowohl für diejenigen, die meinen Migration steuern zu können, als auch die, die eigentlich gar nicht ihr Zuhause verlassen möchten, aber keine andere Wahl haben.